

«Ich kann kein Konzept mit Zielsetzungen und Prioritäten erkennen»

Interview mit dem FBPL-Landtagsabgeordneten Alois Beck zur eingereichten Interpellation

Die FBPL-Fraktion des Landtages will über eine Interpellation erfahren, welche Zielvorstellungen die Regierung in Bezug auf eine nachhaltige Volkswirtschaft hat. Die FBPL glaubt, dass die systematische Beschäftigung mit Zukunftsfragen in Liechtenstein zu lange ein Mauerblümchenssein gefristet habe. Dies soll sich nun ändern. Der FBPL-Landtagsabgeordnete Alois Beck gibt im folgenden Interview Auskunft über den Anlass der Interpellation und die Erwartungen, welche die FBPL in die Beantwortung legt.

Mit Alois Beck sprach
Alexander Bultner

VOLKSBLATT: Herr Beck, die Fraktion der FBPL des Landtages hat vor kurzem eine Interpellation im Zusammenhang mit den Zielvorstellungen über eine nachhaltige Politik für die liechtensteinische Volkswirtschaft eingereicht. Was war der Anlass, dass die FBPL eine solche Interpellation einreichte?

Es ist schon betrüblich, wenn die Regierung nicht von sich aus die Initiative ergreift, um zukunftsfähige Konzepte für den Bereich Volkswirtschaft zu erarbeiten.

Alois Beck: Die Beschäftigung mit Zukunftsfragen für Liechtenstein liegt seit geraumer Zeit im Argen. Dies obwohl doch einige grundsätzliche Probleme einer Lösung harren. Es sind Probleme, welche die Menschen in diesem Land beschäftigen und welche nicht von heute auf morgen lösbar sind – schon gar nicht mit technokratischen

anhalten. Dies bewirkt strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Bekanntlich führen Restrukturierungen nicht nur zu Gewinnern, sondern auch zu Verlierern. Unter anderem deshalb kommt in der Bevölkerung eine gewisse Unsicherheit auf. Die Beschäftigung mit Zukunftsfragen scheint aus diesem Grunde für unsere Fraktion überfällig.

Damit wir unsere Chancen wahrnehmen können, ist ein aktives Handeln erforderlich.

Einige Fragen der Interpellation beziehen sich, wie Sie bereits ausgeführt haben, auf die Entwicklung unseres Landes. In jedem anderen Land hätte eine Regierung ein solches Konzept von sich aus entwickelt und per Regierungserklärung öffentlich gemacht. Bei uns muss die Opposition die Initiative lancieren. Wie beurteilen Sie dieses Faktum? Ist das nicht ein Armutszeugnis für eine Regierung?

Ich weiss nicht, ob die Regierung ein wirtschaftspolitisches Konzept hat. Jedenfalls kann ich kein kohärentes Konzept mit Zielsetzungen und Prioritäten erkennen. Diesbezüglich müssen wir nun zuerst die Beantwortung der Interpellation durch die Regierung abwarten. Angesichts der nationalen und internationalen Entwicklungen ist es jedoch schon betrüblich, wenn die Regierung nicht von sich aus die Initiative ergreift, um zukunftsfähige Konzepte wie beispielsweise für den Bereich Volkswirtschaft zu erarbeiten und öffentlich zu machen. Dies ist zweifellos ein Armutszeugnis für unsere Regierung. Eine Regierung muss eben nicht nur verwalten, sondern sie sollte auch regieren – im besten Sinne des Wortes.

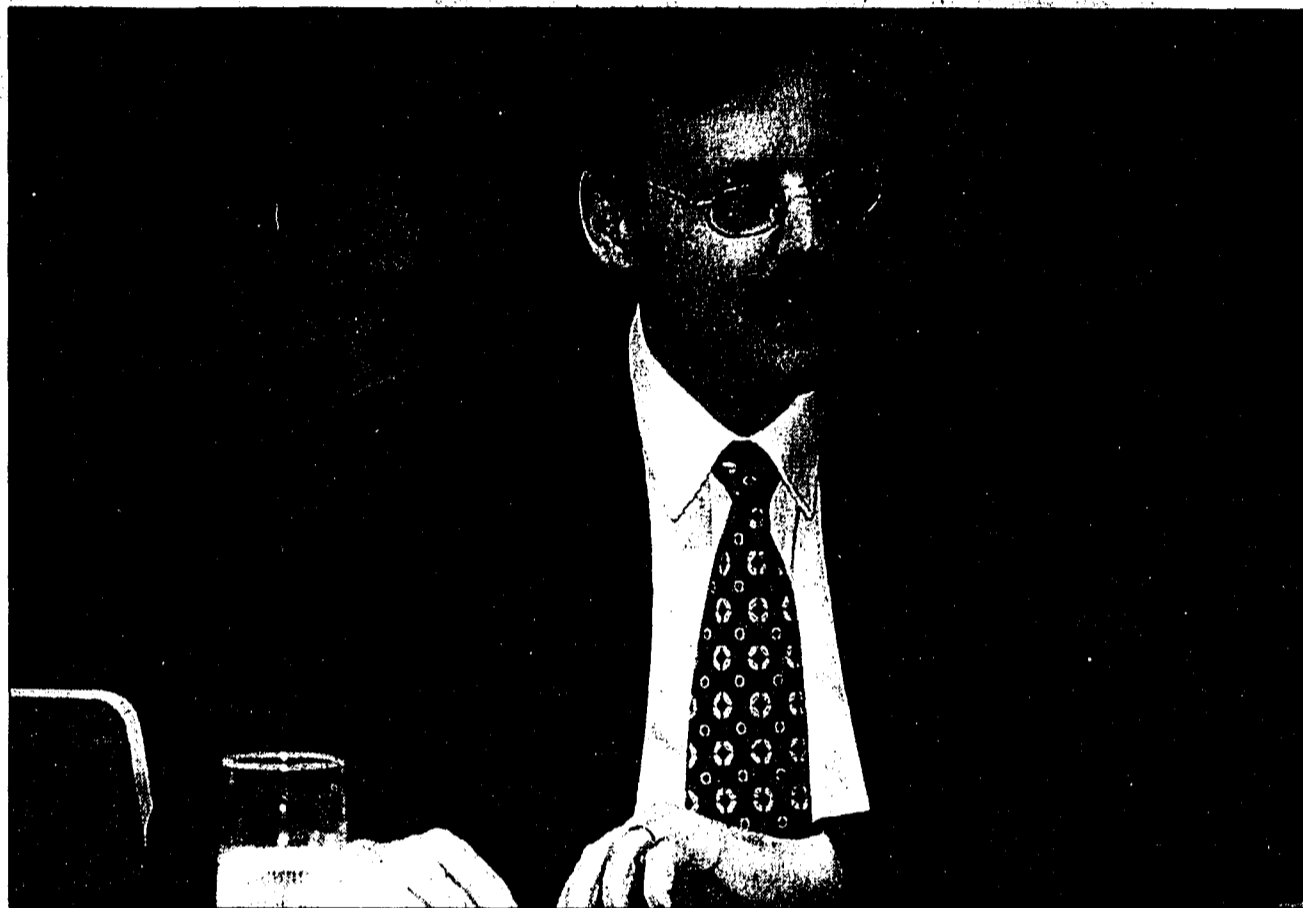
Mit der Interpellation werden an die Regierung 10 Fragen gestellt. Was erwartet die FBPL-Fraktion von der Beantwortung der Interpellation?

Unsere Fraktion erwartet sich zunächst einmal eine systematische Be-

dein erforderlich. Dazu müssen wir allerdings zuerst wissen, was wir überhaupt wollen. Des Weiteren sieht die Fraktion der Bürgerpartei in dieser Interpellation auch einen Beitrag zur verstärkten öffentlichen Diskussion in Liechtenstein bezüglich des Nachhaltigkeitskonzeptes. Die Regierung sollte sich nicht darauf beschränken, die Nachhaltigkeit nur zu postulieren. Sie

gehen kann, die Wiedererlangung aber einer dauernden Anstrengung bedarf. Glaubwürdigkeit kann unter anderem dadurch erreicht werden, dass die Regierung ihr wirtschaftspolitisches Konzept der Bevölkerung und dem Ausland kommuniziert. Die Regierung ist in diesem Diskussionsprozess aktiv gefordert. Sie sollte als Förderin und Vermittlerin dieses Prozesses wirken. Da-

erforderlich erachtet. Ist für die Regierung beispielsweise eine Lockerung für die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte vorgesehen, damit ihr Konzept, falls sie überhaupt eines haben sollte, umgesetzt werden kann? Oder welche Anpassungen sind im Bereich des Bildungswesens bei der Umsetzung des wirtschaftspolitischen Konzeptes erforderlich? Um hier Missverständ-



Alois Beck: «In vielen Gesprächen mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern habe ich erfahren, dass sie sich mit ihren Anliegen und Sorgen von der offiziellen Politik nicht ernstgenommen fühlen. (Bilder: bak)

hat sich beispielsweise für die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover für das Leitthema «Umwelt und Entwicklung» entschieden. Innerstaatlich vermissen die Interpellanten jedoch eine eingehende Erörterung dieser Thematik.

Sie haben den Diskussionsprozess angesprochen, den die FBPL-Fraktion mit dieser Interpellation ebenfalls ankurbeln möchte. Gibt es noch weiteres, was diskutiert werden sollte?

Wenn die Zielvorstellungen und das wirtschaftspolitische Konzept der Re-

gierung durch würden sich unsere Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen und Sorgen auch ernstgenommen fühlen.

Haben Sie das Gefühl, dass sich die Bürgerinnen und Bürger heute nicht ernstgenommen fühlen?

In vielen Gesprächen mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern habe ich erfahren, dass sie sich mit ihren Anliegen und Sorgen von der offiziellen Politik nicht ernstgenommen fühlen. In Anbetracht der innen- und aussenpolitischen Entwicklungen sind eben auch Unsicherheiten bezüglich des künftigen Weges Liechtensteins aufgekommen. Meiner Ansicht nach kann es nicht sein, diese Probleme einfach zu ignorieren. Diese Fragen müssen systematisch angegangen werden. Durch eine bewusste Ausleuchtung der Themen können auch die Chancen besser wahrgenommen werden. Dadurch können Unsicherheiten abgebaut werden und die Leute gewinnen wieder mehr Zuversicht.

Die Beschäftigung mit Zukunftsfragen für Liechtenstein liegt seit geraumer Zeit im Argen.

Die FBPL-Fraktion spricht auch die Ausländerpolitik und die Bildungspolitik an. Sieht die grosse Oppositionspartei diesbezüglich Probleme auf unser Land zukommen, oder weshalb werden diese beiden Themenkomplexe in der Interpellation angesprochen?

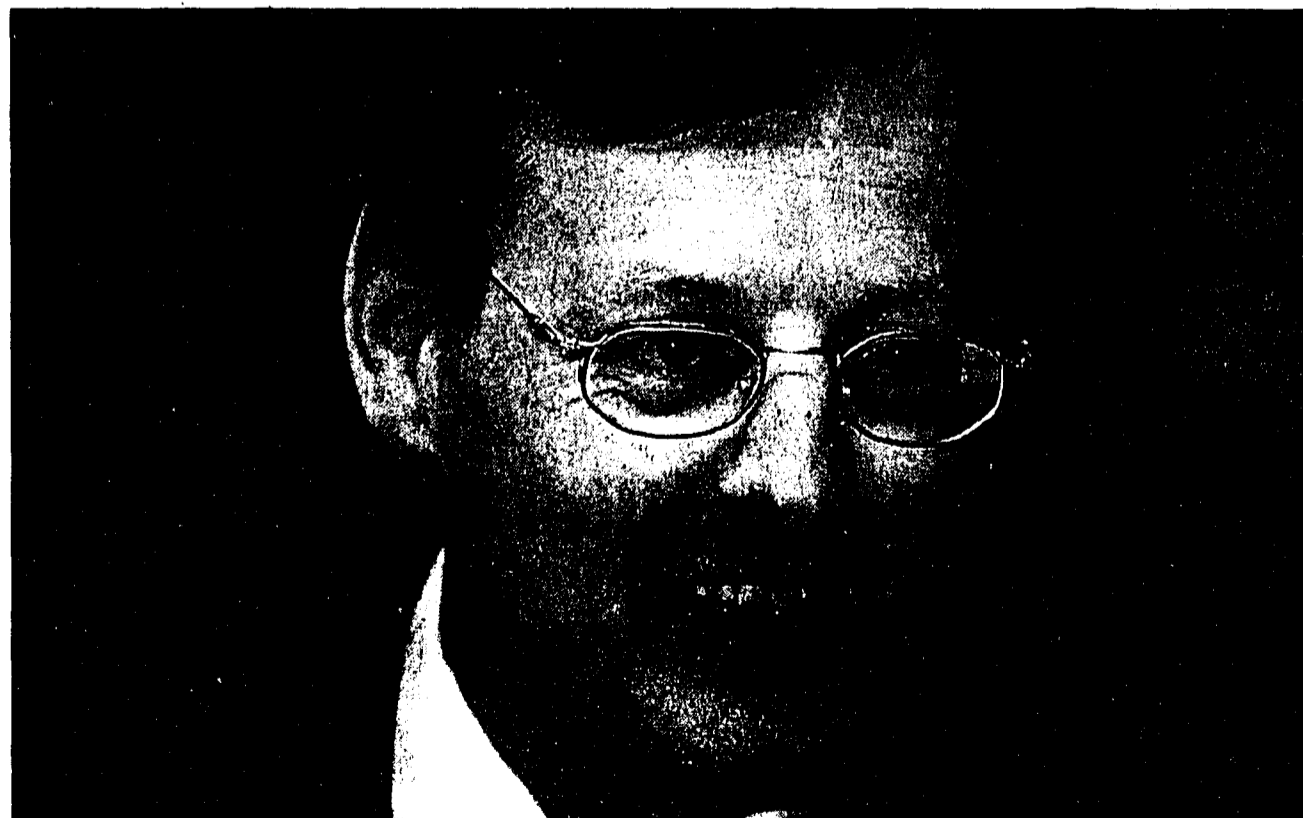
Für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sind die verschiedensten Politikbereiche miteinzubeziehen. Deshalb hat die Fraktion der FBPL Fragen zu den Voraussetzungen beispielhaft in den Bereichen Bildungspolitik und Ausländerpolitik gestellt. Konkret ging es um die Frage, ob die Regierung für ihr wirtschaftspolitisches Konzept eine Anpassung der Migrationspolitik als

nisse zu vermeiden, möchte ich noch darauf hinweisen, dass in diesen beiden Bereichen – wie in anderen auch – selbstverständlich nicht ausschliesslich von einer rein wirtschaftlichen Sichtweise ausgegangen werden darf – ganz im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens.

Die Entwicklung der Wirtschaft und anderer Bereiche hat seit der Einführung des EWR rasant zugenommen. Wie beurteilt die FBPL grundsätzlich diese Entwicklung bis zum heutigen Tag?

Ich glaube, dass man die günstigen Umstände leider nicht dazu benutzt hat, um eine Standortbestimmung für unser Land vorzunehmen.

Meine persönliche Meinung ist, dass seit der Einführung des EWR viele Entwicklungen in Liechtenstein massiv beschleunigt wurden. Es ist jedoch auch zu betonen, dass nicht alle diese Prozesse alleine dem EWR zuzuschreiben sind. Unabhängig vom EWR sind nationale und internationale Entwicklungen im Gange, die ebenfalls viel Einfluss auf unser kleines Land ausüben. Neben allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen ist es vor allem das, was man generell mit dem Begriff Globalisierung umschreibt. Ich glaube aber, dass man in Liechtenstein die günstigen Umstände leider nicht dazu benutzt hat, um eine Standortbestimmung für unser Land vorzunehmen und zu fragen, welchen Weg wir für eine nachhaltige Zukunft einschlagen können und wollen? Diese Zukunftsfragen sind überfällig. Wenn es gelingt, einen Beitrag für eine öffentliche Diskussion über solche Fragen beizusteuern, haben die Interpellanten ein erstes Ziel erreicht.



Alois Beck: «Unsere Fraktion erwartet sich zunächst einmal eine systematische Beschäftigung mit den Zukunftsfragen unseres Landes. Eine solche Beschäftigung ging in der Vergangenheit meist unter.»

Mitteln. Die Interpellanten haben einen von vielen grundsätzlichen Aspekten herausgegriffen. Sie verlangen von der Regierung über die Zielvorstellungen der Volkswirtschaft Auskunft. Die liechtensteinische Volkswirtschaft befindet sich in einem starken Wandel. Der internationale Druck auf unsere Standortvorteile wird noch einige Zeit

schäftigung mit den Zukunftsfragen unseres Landes. Eine solche Beschäftigung ging in der Vergangenheit meist unter. Zukunftsfragen anzugehen erscheint uns überfällig zu sein. Es genügt bei weitem nicht mehr, nur auf die internationalen Entwicklungen zu reagieren. Damit wir unsere Chancen wahrnehmen können, ist ein aktives Han-

gierung vorliegen, sollten diese nach Ansicht der Interpellanten mit interessierten Kreisen und mit der breiten Bevölkerung eingehend diskutiert werden. Es ist offensichtlich, dass Liechtenstein derzeit ein Imageproblem hat. Ein solches Problem kann nur mittel- und langfristig gelöst werden, da Glaubwürdigkeit zwar schnell verloren